EU Civil Society Forum on Drugs

Die Drogenpolitik der EU, der Drogenaktionsplan der EU und die Bedeutung der Zivilgesellschaft

CIVIL SOCIETY FORUM ON DRUGS IN THE EU

Kolophon

Dieses Informationsblatt wurde im Rahmen des EU Projekt ´European Civil Society Forum´ entwickelt, das von der Europäischen Kommission, DG Home, finanziert wird.

Weitere Informationen unter:
www.civilsocietyforumondrugs.eu

Autor:
Katrin Schiffer und Roberto Perez Gayo
Redaktion:
Peter Sarosi, Marcus Keane, Lucia Goberna,
Jiri Richter, Thanasis Apostolou
Unterstützung:
Alle Mitglieder der Arbeitsgruppe 3 des Forums
der Europäischen Zivilgesellschaft für Drogenpolitik

Copyright © 2018
Das Urheberrecht verbleibt beim Herausgeber

De Regenboog Groep / Correlation Network
PO Box 10887
1001 EW Amsterdam
Die Niederlande
Telefon: +31 20 5707829
administration@correlation-net.org
www.correlation-net.org

De Regenboog Groep / Correlation - European Harm Reduction Network ist ein Mitglied des Forums der Europäischen Zivilgesellschaft für Drogenpolitik

Forum der Europäischen Zivilgesellschaft für Drogenpolitik

Informationsblatt über die Drogenpolitik der EU, den Drogenaktionsplan der EU und die Bedeutung der Zivilgesellschaft

Inhalt

EINLEITUNG 4

1. BEDEUTSAME EINBEZIEHUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT 6

1.1. Warum ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft wichtig? 6
1.2. Mechanismen für die Einbeziehung der Zivilgesellschaft 7
1.3. Grundprinzipien für eine bedeutsame Einbeziehung der Zivilgesellschaft 9

2. MECHANISMEN, STRUKTUR UND AUSRICHTUNG DER EU-DROGENPOLITIK 11

2.1. Europäisches Forum der Zivilgesellschaft für Drogen (CSFD) 11
2.2. EU-Drogenaktionsplan (2017-2020) 12
2.3. Schlüsselbereiche für das Engagement der Zivilgesellschaft 13

3. DER EU-AKTIONSPLAN ALS POLITISCHES INSTRUMENT: EMPFEHLUNGEN FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT AUF DEM NATIONALEN NIVEAU 16

EINLEITUNG

Die Zivilgesellschaft spielt heutzutage eine immer wichtigere Rolle innerhalb der Europäischen Union. Die Einbeziehung von Organisationen der Zivilgesellschaft (Civil Society Organisations, CSO's) wird als einer der Eckpfeiler bei der Formulierung und der Umsetzung von EU Drogenpolitik gesehen.

Eine bedeutsame Beteiligung der Zivilgesellschaft erfordert spezifische Strukturen und Mechanismen. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission 2006 das Forum der Europäischen Zivilgesellschaft für Drogenpolitik (CSFD) ins Leben gerufen. Das CSFD unterstützt die Europäische Kommission bei der Entwicklung und Umsetzung der europäischen Drogenpolitik, indem es Insiderwissen und praktische Ratschläge gibt.

Ein gutes Beispiel für die Arbeit des CSFD ist die Entwicklung der EU-Drogenstrategie (2013-2020) und der beiden aufeinander folgenden Aktionspläne. Der erste Aktionsplan wurde evaluiert und zeigte die Notwendigkeit der Entwicklung eines neuen Aktionsplans. Dieser (2017-2020) setzt die Ziele der siebenjährigen EU-Drogenstrategie in konkrete Maßnahmen um, mit klaren Verantwortlichkeiten und Leistungsindikatoren. Der CSFD leistete einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung dieser Strategiepapiere, indem es Beiträge, Vorschläge und Empfehlungen lieferte.

Der Aktionsplan ist ein umfassender Leitfaden und ist ein nützliches Instrument für die politische Arbeit auf nationaler Ebene. Zivilgesellschaftliche Organisationen in den verschiedenen europäischen Ländern können anhand dieses Dokuments den Umsetzungsgrad bewerten und sich für eine Drogenpolitik einsetzen, die im Einklang steht mit dem EU-Drogenaktionsplan.

Leider sind sowohl der Drogenaktionsplan der EU, als auch die Aktivitäten des CSFD nur unzureichend mit dem Engagement der Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene verknüpft. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen wissen nicht, was auf europäischer Ebene geschieht, und sehen Europa weit entfernt von ihrer täglichen Realität. Das ist bedauerlich. Beide Ebenen würden von einem effektiveren Wissensaustausch und einem gemeinsamen politischen Ansatz in Bezug und Interessenvertretung profitieren.

Dieses Informationspapier richtet sich auf diese fehlende Verbindung und bietet:

1. Eine praktischen Übersicht zu Mechanismen und Prinzipien, die eine bedeutsame Beteiligung der Zivilgesellschaft an drogenpolitischen Entscheidungsprozessen möglich machen
2. Eine kurze Beschreibung des EU Drogen Aktionsplans für zivilgesellschaftliche Organisationen, einschließlich:
   a. Inhalt und mögliche Auswirkungen des EU-Drogenaktionsplans
   b. Aktivitäten des CSFD und sein Einfluss auf die Entwicklung und Umsetzung der EU-Drogenpolitik
3. Empfehlungen für die Entwicklung politischer Drogenarbeit auf nationalem Niveau

1 BEDEUTSAME EINBEZIEHUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

1.1. Warum ist eine Einbeziehung der Zivilgesellschaft so wichtig?

Eine Einbeziehung der Zivilgesellschaft (Civil Society involvement - CSI) in drogenpolitische Entscheidungsprozesse wird immer wichtiger und wird entsprechend als ‚Good Practice' Beispiel gefördert. Dies wird auch bestätigt durch namhafte internationalen Agenturen und politische Institutionen (siehe auch: „WHO - Die Rolle der Zivilgesellschaft im Gesundheitswesen", „EU-Drogenstrategie 2012", „EG-Grünbuch 2006"). Folglich ist CSI ein wesentlicher Bestandteil einer gut funktionierenden Demokratie.

Die Zivilgesellschaft ist vielseitig
Zivilgesellschaftliche Organisationen (Civil Society Organisations - CSO's) vertreten eine Vielzahl von Themen, Interessen und Gruppen. Ihre Ziele, Organisationsstrukturen und Aktivitäten unterscheiden sich. CSO's können kleine Einzelorganisationen, internationale Interessenverbände, Selbsthilfegruppen, Think Tanks oder akademische Einrichtungen sein. CSO's sind vielfältig. Sie bieten Lösungen für eine Vielzahl von Problemen und repräsentieren die Perspektiven und Bedürfnisse aller unterschiedlichen Teile der Gesellschaft. Die verschiedene CSO's sind nicht notwendigerweise einer Meinung und können daher – wie es in einer gelebten Demokratie üblich ist - völlig entgegengesetzte ideologische Positionen einnehmen.

Die Zivilgesellschaft schützt Menschenrechte
CSO's haben eine Wach- und Kontrollfunktion und tragen zum Schutz der Bürger- und Menschenrechte bei. Sie repräsentieren verschiedene Teile der Gesellschaft, weisen auf Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten und treten für diejenigen ein, die oft unbeachtet bleiben und keine Stimme haben.

Die Zivilgesellschaft trägt zu einer effektiven Drogenpolitik bei
CSO's können eine wichtige Rolle bei der Gestaltung, Entwicklung, Umsetzung und Überwachung der Drogenpolitik spielen. Sie stehen in direktem Kontakt mit Menschen die Drogen konsumieren, und kennen daher die Lebensrealitäten dieser Gruppe. Sie kennen ihre Probleme und Bedürfnisse und wissen, welche Auswirkungen bestimmte politische Maßnahmen haben auf das Leben von Drogenkonsumenten.

CSO's liefern relevante Informationen und tragen zur Entwicklung realistischer und wirksamer Strategien bei. Im Idealfall sind diese Strategien praxis-orientiert, evidenzbasiert und richten sich auf die spezifischen Bedürfnissen von Drogenkonsumenten.

Die Zivilgesellschaft fördert die Rechenschaftspflicht
Die Zivilgesellschaft spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht. Sie stärkt schutzbedürftige Gruppen und bekämpft Stigmatisierung und Diskriminierung.

Die "Wachhund" Rolle und Kontrollfunktion der CSO's zwingt Politiker und Entscheidungsträger Rechenschaft abzulegen und ist daher ein unverzichtbarer Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.

Die Zivilgesellschaft fördert die Innovation
CSO's sind experimentierfreudig. Sie bewegen sich schneller und direkter als die staatlichen Institutionen und fungieren daher als Akteure des Wandels. Aufgrund ihrer Struktur (relativ überschaubar und multi-professionell), der Art ihrer Arbeit (oft gerichtet auf Bildung und Forschung) und ihrer Autonomie (unabhängig von Bürokratien oder Kunden) können zivilgesellschaftliche Organisationen dynamisch und flexibel handeln und direkt auf neue Situationen reagieren.

1.2. Mechanismen für die Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Auf Empfehlung des Rates von Europa über die Zukunft der Demokratie erarbeitete die INGO-Konferenz 2009 einen Verhaltenskodex für die Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen. Das Hauptziel des Verhaltenskodex war das Festlegen einer Reihe von Grundsätzen und Leitlinien für die Beteiligung von CSO's an Entscheidungsprozessen, die auf lokaler und nationaler Ebene in den Mitgliedstaaten des Rates von Europa umgesetzt werden sollen.

Der Kodex unterscheidet vier Stufen der Einbeziehung und basieren sich auf das jeweilige Maß der Beteiligung und politischen Einflussnahme:

Information
Dies ist die niedrigste Stufe der Einbeziehung. In der Regel besteht sie aus einer einseitigen Bereitstellung von Informationen seitens der Behörden. Es findet keine Interaktion mit CSO's statt und wird auch nicht erwartet.

Beratung
Behörden können zivilgesellschaftliche Organisationen nach ihrer Meinung zu bestimmten Themen befragen. Obwohl auf dieser Ebene ein höheres Maß an Einbeziehung und Einfluss möglich ist, die Initiative und die Form des Austausches wird bestimmt durch die staatlichen Behörden.

Dialog
Dies ist die dritte Stufe und kann entweder von Behörden oder von CSO's initiiert werden. Sie kann umfassend sein (regelmäßiger Meinungsaustausch, Diskussion über gegenseitige Interessen und potenziell gemeinsame Ziele) oder kooperativ (ein gestärkter Dialog gerichtet auf die Entwicklung spezifischer politischer Strategien).

Partnerschaft
This is the highest level of engagement, whereby Dies ist das höchste Maß an Engagement und Mitbestimmung bei dem zivilgesellschaftliche Organisationen und Behörden eng zusammenarbeiten und gleichzeitig sicherstellen, dass CSO's weiterhin unabhängig sind von staatlicher Kontrolle und ihre Interessen weiterhin offen nach außen tragen können. Die Partnerschaft kann dazu führen dass CSO's Dienstleistungen erbringen, an politischen Fora teilnehmen oder einbezogen werden in wichtigen politischen Entscheidungsprozessen. In der folgenden Tabelle sind Beispiele für Aktivitäten in den einzelnen Beteiligungsstufen aufgeführt.

Quellen & weitere Informationen:

Greer S.L. et al (Ed.) (2017) Civil society and health. Contributions and Potential. Copenhagen, WHO Regional Office for Europe.

Platform of European Social NGO's (2001)

Carbone, M. (2003) Dossier. The role of non-state actors in development policy: perceptions and changing practices. In The Courier ACP-EU No. 199[200]

CIVIL SOCIETY FORUM ON DRUGS IN THE EU

Levels of participation						
PARTNERSHIP	• Working group or committee	• Co-drafting	• Joint decision-making • Co-decision making	• Strategic partnerships	• Working groups or committee	• Working groups or committee
DIALOGUE	• Hearings and public forums • Citizens' forums and future councils • Key government contact	• Hearings and Q&A panels • Expert seminars • Multi-stakeholder committees and advisory bodies	• Open plenary or committee sessions	• Capacity-building seminars • Training seminars	• Working groups or committee	• Seminars and deliberative forums
CONSULTATION	• Petitioning • Consultation online or other techniques	• Hearings and Q&A panels • Expert seminars • Multi-stakeholder committees and advisory bodies	• Open plenary or committee sessions	• Events • Conferences • Forums • Seminars	• Feedback mechanisms	• Conferences or meetings • Online consultation
INFORMATION	• Easy and open information access • Research • Campaigning and lobbying • Website for key documents	• Open and free access to policy documents • Website for key documents • Campaigns and lobbying • Web casts • Research input	• Campaigning and lobbying	• Open access to information • Website for information access • E-mail alerts • FAQ • Public tendering • Procedures	• Open access to information • Evidence gathering • Evaluations • Research studies	• Open access to information
Steps in the political decision making process	AGENDA SETTING	DRAFTING	DECISION	IMPLEMENTATION	MONITORING	REFORMULATION

Source: Code of good practice for Civil Participation in the Decision-Making Process (2017)

1.3. Grundprinzipien für eine bedeutsame Einbeziehung der Zivilgesellschaft

Die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen unterscheidet sich maßgeblich von politischen Aktivitäten, wie zum Beispiel dem direkten Engagement in politischen Parteien und der Lobbyarbeit der kommerziellen Industrie[1]. Es ist daher wichtig gewisse Grundbedingungen zu schaffen, die eine bedeutsame Einbeziehung von CSO's an drogenpolitischen Entscheidungsprozessen möglich machen.

Unterstützendes politisches und öffentliches Umfeld
Formalisierte Strukturen, die die Beteiligung von CSO's in drogenpolitischen Entscheidungsprozessen fördern und klar definieren unterstützen eine gerechte und transparente Beteiligung von CSOs. Dies erfordert eine professionelle Infrastruktur, die die jeweiligen Abläufe, Prozesse und Regeln festlegt[2].

Eine sinnvolle Einbeziehung der Zivilgesellschaft erfordert jedoch mehr als die bloße Entwicklung und Durchführung von formalisierten Prozessen und Strukturen. Die kontinuierliche Sensibilisierung von Gesellschaft und Politik für die Relevanz einer aktiven und lebendigen Zivilgesellschaft ist mindestens genauso wichtig[3].

Einbeziehung in öffentliche Entscheidungsprozesse
Die Einbeziehung von CSO's in drogenpolitische Entscheidungsprozesse erfordert den Einsatz öffentlicher Konsultations- und Beteiligungsmechanismen, die hinausgehen über einen spontanen ad-hoc Austausch. Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, dass Regierungen die Strukturen, Methoden, Mechanismen und Instrumente für die Beteiligung der Öffentlichkeit feststellen und diversifizieren, um eine allgemeine und gerechte Zugänglichkeit zu gewährleisten.

Ein wesentlicher Aspekt dabei ist, die Fähigkeiten und Kapazitäten von CSO's im Bereich der politischen Arbeit zu verstärken. Dadurch werden CSO's befähigt aktiv und effektiv an der Formulierung von Richtlinien, und der Entwicklung von Projekten und der Bereitstellung von Diensten beteiligt werden können.

Transparenz
Im öffentlichen Interesse zu handeln erfordert Offenheit, Verantwortung, Klarheit, die Bereitschaft Rechenschaft abzulegen und Transparenz. Dies gilt sowohl für die involvierten zivilgesellschaftlichen Organisationen, als auch für die entsprechenden Behörden und staatlichen Einrichtungen. Die Transparenz in öffentlichen Entscheidungsprozessen sollte festgelegt sein in Regeln und Prozeduren.

Eine bedeutsame Einbeziehung der Zivilgesellschaft bedeutet auch das CSOs alle relevanten Informationen erhalten. Diese müssen zugänglich und umfassend sein, ohne Einschränkung für die Analyse und Wiederverwendung und sollten sich in einem geeigneten Format befinden. Der Zweck und das Maß der politischen Einflussnahme sollte zudem deutlich definiert sein. Darüber hinaus ist es wichtig, dass alle behördlichen Entscheidungen und relevanten Dokumente öffentlich zugänglich sind und dass das Ergebnis von öffentlicher Konsultationen zeitnah bekannt gemacht wird.

Rechenschaftspflicht
Eine bedeutsame Einbeziehung der Zivilgesellschaft erfordert Mechanismen für den politischen Entscheidungsprozess, die die Rollen der verschiedenen Beteiligten, den Prozess an sich und die Ergebnisse des Prozesses angemessen bewerten kann.

1. Council of Europe, Committee of Ministers (2017). Guidelines for civil participation in political decision making.
2. Concluding Paper 'Structured Dialogue for an efficient partnership in development' (2011)
3. Council of Europe, Steering Committee for Human Rights (2017). Analysis on the impact of current national legislation, policies and practices on the activities of civil society organizations

Langfristige Unterstützung und Ressourcen
CSO's benötigen Finanzmittel, um ihre Arbeit ausführen zu können. Ihre Aktivitäten sind abhängig von gesetzlichen Richtlinien und der Politik, die das Anfragen und die Bereitstellung von Geldern ermöglichen. Dies kann beispielsweise durch die Entwicklung von Programmen geschehen, die finanzielle Unterstützung auf strukturellem Niveau oder auf Projektbasis bieten. Dabei ist es wichtig, dass die Unabhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht durch die Abhängigkeit von staatlichen Mitteln beeinträchtigt wird.

Gemeinsamer Raum für Dialog und Zusammenarbeit
Die Regierungen sollten sich verpflichtet fühlen, Mechanismen für einen sozialen Dialogs zu schaffen, in denen auch zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten sind. Die Pompidou Gruppe hat in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines koordinierenden Gremiums beschrieben, das zwischen Behörden und CSOs vermittelt. Beispiele hierfür sind: eine Kontaktperson für CSOs beim jeweiligen Ministerium oder das Organisieren von Ausschüssen bei denen verschiedene Interessengruppen vertreten sind.

Quellen & weitere Informationen:

Council of Europe, Steering Committee for Human Rights (2017). Analysis on the impact of current national legislation, policies and practices on the activities of civil society organizations, Human Rights defenders and national institutions for the promotion and protection of Human Rights.

Council of Europe, Co-operation Group to Combat Drug Abuse and Illicit trafficking in Drugs (2015) Policy paper on Government Interaction with Civil Society on drug policy issues: Principles, ways and means, opportunities and challenges.

Commission of the European Communities (2000). The Comission and non-governmental organizations: building a stronger partnership.

Concluding Paper 'Structured Dialogue for an efficient partnership in development' (2011)

European Union Agency for Fundamental Rights (2017) Challenges facing civil society organizations working on human rights in the EU. Luxembourg, Publications Office of the European Union.

OHCHR (2014) A practical guide for civil society. Civil society space and the United Nations human rights system. Geneva, OHCHR.

2. MECHANISMEN, STRUKTUR UND AUSRICHTUNG DER EU-DROGENPOLITIK

2

2.1. Forum der Europäischen Zivilgesellschaft für Drogenpolitik

Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist einer der Eckpfeiler der europäischen Drogenpolitik, wie beschrieben in dem Grünen Buch der Kommission vom 26. Juni 2006 zur Rolle der Zivilgesellschaft in der Drogenpolitik der Europäischen Union.

Das CSFD ist eine umfassende Plattform für einen strukturierten Dialog zwischen der Europäischen Kommission und der europäischen Zivilgesellschaft, die die Formulierung und Umsetzung der Drogenpolitik durch praktische Ratschläge unterstützt.

Das CSFD hat derzeit 45 Mitglieder, die verschiedene Interessengruppen und verschiedene politische Positionen vertreten. Bei allen Mitgliedern des CSFD stehen drogenbezogene Aktivitäten im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Viele von ihnen sind transnationale Netzwerke, die eine Reihe von förderfähigen Ländern abdecken. Die Kommission berücksichtigt bei der Auswahl der Mitglieder das geographische Gleichgewicht und ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Tätigkeitsbereichen im Drogenbereich.

Das CSFD kommt in der Regel zweimal jährlich als Plenum zusammen. Diese Treffen werden von der Europäischen Kommission finanziert und organisiert. Die CSFD-Mitgliedschaft wird regelmäßig erneuert. Das derzeitige CSFD hat eine Laufzeit von 2018 bis 2021.

Das CSFD hat vier Arbeitsgruppen zusammengestellt, um die Arbeit innerhalb des CSFD so effektiv wie möglich zu gestalten. Diese Gruppen richten sich auf folgende Themen

- Qualitätsstandards für die Verminderung der Drogennachfrage
- Institutionelle Beziehungen zur EU und zu internationalen Strukturen
- Beiträge zur Drogenstrategie und zum Aktionsplan der EU
- Engagement der Zivilgesellschaft in der nationalen Drogenpolitik

Den Vorsitz im CSFD und in jeder Arbeitsgruppe führt ein Vorsitzender, der von den Mitgliedern des CSFD[4] gewählt wird. Der Vorsitz, der stellvertretende Vorsitz und die Vorsitzenden der einzelnen Arbeitsgruppen bilden zusammen die Kerngruppe, die im Rahmen des CSFD eine führende Rolle spielt.

Quellen & weitere Informationen:

Spezifische Informationen zu den Aktivitäten und Ergebnissen des CSFD und der verschiedenen Arbeitsgruppen finden Sie unter: www.civilsocietyforumondrugs.eu

4. Retrieved from: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-601_en.htm

2.2. EU-Drogenaktionsplan (2017-2020)

Im Juli 2017 veröffentlichte die Europäische Kommission den neuen Drogenaktionsplan (2017 - 2020). Dieser dreijährige Aktionsplan setzt die Ziele der siebenjährigen EU-Drogenstrategie (2013 - 2020) in konkrete Maßnahmen mit klaren Verantwortlichkeiten und Leistungsindikatoren um. Dies ist der zweite Aktionsplan der mit der aktuellen Drogenstrategie im Zusammenhang steht, der vorherige (2013 - 2016) wurde in 2016 von externen Gutachtern evaluiert.

Der neue Aktionsplan ist ein gutes Beispiel für eine sinnvolle und strukturelle Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Das CSFD wurde schon in der vorbereitenden Phase in die Entwicklung miteinbezogen und hatte dadurch erheblichen Einfluss auf das letztendliche Ergebnis.

Laut der Europäischen Kommission bietet der neue Drogenaktionsplan mehr Handlungsspielraum um auf die neuen Gesundheits- und Sicherheits-bedingten Herausforderungen im Bereich des illegalen Drogenkonsums und -handels einspielen zu können. ÜbergreifendeKernthemen der EU-Drogenstrategie wurden beibehalten und aktualisiert. Darüber hinaus stellt dieser Aktionsplan neue Prioritäten fest. Diese umfassen zum Beispiel die Überwachung neuer psychoaktiver Substanzen, den Einsatz neuer Kommunikationstechnologien zur Prävention von Drogenmissbrauch und das Untersuchen eines möglichen Zusammenhangs zwischen Drogenhandel und der Finanzierung von terroristischen Gruppen, der organisierten Kriminalität und dem Menschenhandel.

Der EU-Drogenaktionsplan 2017 - 2020 richtet sich auf die folgenden fünf Aktionen:

Verminderung der Drogennachfrage
Der Aktionsplan will einen Beitrag liefern zu einer messbaren Verminderung des illegalen Drogenkonsums, des problematischen Drogenkonsums, der Drogenabhängigkeit und den drogenbedingten gesundheitlichen und sozialen Schäden, sowie zum Aufschub des Einstiegs in den Drogenkonsum.

Verminderung des Drogenangebots
Der Aktionsplan will beitragen zu einer messbaren Reduzierung der Verfügbarkeit und Verminderung des Angebots illegaler Drogen in der EU.

Koordinierung
Der Aktionsplanunterstützt die Koordinierung und Kohärenz zwischen den Arbeitsgruppen des Rates durch einen aktiven Diskurs und eine Analyse der Entwicklungen und Herausforderungen im Drogenbereich auf europäischem und internationalem Niveau. Darüber hinaus setzt sich der Aktionsplan für inklusive politische Entscheidungsprozesse ein, bei denen die Zivilgesellschaft, sowohl auf EU und nationalem Niveau einbezogen wird.

Internationale Zusammenarbeit
Der Aktionsplan will den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Drittländern, sowie internationalen Organisationen zu Drogenthemen umfassend und ausgewogen verstärken.

Information, Forschung, Überwachung und Evaluierung
Der Aktionsplan sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, die dazu beitragen die Ergebnisse von Forschung, Überwachung und Evaluierung besser zu verbreiten. Dies trägt zu einem besseren Verständnis aller Aspekte des Drogenphänomens und der Auswirkungen von Maßnahmen bei und schafft damit eine umfassende und solide Faktengrundlage für Politik und Aktionen.

Das CSFD hat maßgeblich zur Entwicklung dieses EU-Drogenaktionsplans beigetragen. Eine der zukünftigen Aktivitäten des Forums richtet sich auf die Überwachung und Evaluierung der Umsetzung dieses Aktionsplans auf nationaler Ebene.

2.3. Schlüsselbereiche für das Engagement der Zivilgesellschaft

Obwohl in den meisten EU-Mitgliedstaaten die Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Drogenpolitik spielt, gibt es große Unterschiede in der Art und Weise, in der diese Organisationen an der Entwicklung politischer Strategien beteiligt sind. Nur wenige Mitgliedstaaten verfügen über formelle Mechanismen für die Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Ziel 9 des neuen Aktionsplans fordert nicht nur die Beteiligung des CSFD bei der Formulierung, Umsetzung, Überwachung und Evaluierung der Drogenpolitik auf europäischer Ebene, sondern richtet sich auch auf die Einbeziehung der Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene. Der Aktionsplan betont außerdem die Wichtigkeit der Einbeziehen der Zivilgesellschaft an den Vorbereitungen für das bevorstehende hochrangige Treffen der Vereinten Nationen zum Thema Drogen, das 2019 in Wien stattfindet.

Menschenrechte
Die Integration von internationalen Menschenrechts Standards in die Drogenpolitik ist seit langem eine Forderung der Zivilgesellschaft. Glücklicherweise setzt sich der aktuelle Aktionsplan für die Entwicklung und die Umsetzung spezifischer Leitlinien und Instrumente zur Bewertung der Ergebnisse im Bereich Menschenrechte ein. Dies gibt der Zivilgesellschaft die extrem wichtige Möglichkeit systematische Menschenrechtsverletzungen, Kriminalisierung durch repressive Strafverfolgung und die Unterfinanzierung von Hilfsangeboten zu benennen und anzugehen.

Schadensbegrenzung
Im Gegensatz zum vorherigen Aktionsplan fordert der neue Aktionsplan eine Verbesserung der Verfügbarkeit und der Verbreitung von und des Zugangs zu Leistungen im Bereich der Schadensminderung (harm reduction). Diese Forderung richtet sich nicht nur auf die gängigen Programme wie Substitutionstherapie und Spritzentausch, sondern auch auf innovative Interventionen, wie zum Beispiel Naloxonvergabe, Drogenkonsumräume und Drogentests. Dies ist das erste Mal, dass die EU diese Art der Programme offiziell anerkennt.

Ein weiterer Einfluss der Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist in der Liste der Leistungsindikatoren zu erkennen. Diese Indikatoren waren in früheren Dokumenten oft undeutlich formuliert, sind aber jetzt viel klarer und spezifischer. Dies zeigt sich zum Beispiel durch die Übernahme von Indikatoren aus den technischen Richtlinien der WHO, die die Vergabe von mindestens 200 sterilen Nadeln pro injektierendem Drogenkonsumenten pro Jahr empfiehlt. Solche spezifischen Indikatoren erhöhen die Rechenschaftspflicht der Mitgliedstaaten,.

Vielfalt
Fehlende geschlechts- und altersspezifische Angebote erschweren den Zugang zu jeglicher Form der Behandlung oder Hilfsleistung im Bereich der Schadensminderung in der EU. Darüber hinaus gibt es in vielen westeuropäischen Mitgliedstaaten immer älter werdende Drogenkonsumenten, die andere soziale und gesundheitliche Unterstützung benötigen als jüngere Konsumenten oder minderjährige Drogenkonsumenten.

Ebenso fehlen spezifische Angebote für Frauen und Mitglieder der LGBTQ-Gemeinschaft und Programme für Gefangene und Asylsuchende, die oft gar keinen Zugang zu allgemein verfügbaren Dienstleistungen haben. Fehlende Behandlungsresourcen erschweren die Behandlung von Drogenkonsumenten mit psychiatrischen Komorbiditäten.

Der neue Aktionsplan benennt diese Probleme und fordert eine umfassende Betreuung dieser Gruppen, durch das Bereitstellen spezifischer Mittel und Instrumente.

Qualitätsstandard
Aktion 3.10 des Aktionsplans ruft die Mitgliedstaaten auf, die Zivilgesellschaft in die Umsetzung von Qualitätsstandards einzubeziehen. Obwohl dies nicht im Aktionsplan erwähnt wird, das CSFD setzt sich dafür ein, dass die Umsetzung der Qualitätsstandards unter Einbeziehung der drogenkonsumierenden Klienten überwacht und evaluiert werden sollte. Auch wird die Entwicklung und Einführung spezifischer Indikatoren empfohlen, die die Umsetzung von Qualitätsstandards zur Reduzierung der Nachfrage messen können.

Alternative Sanktionen und Entwicklungsmassnahmen.
Obwohl die Zivilgesellschaft dies fast einstimmig befürwortet, besteht unter den Mitgliedstaaten leider kein Konsens über die Entkriminalisierung des Drogenkonsums. Der Aktionsplan fordert die Mitgliedsstaaten aber auf alternative Sanktionen und Entwicklungsmaßnahmen zu implementieren, was einer weiteren Kriminalisierung der Drogenkonsumenten entgegenwirkt. Das CSFD empfiehlt den Mitgliedstaaten außerdem, dass alternative Sanktionen, wenn möglich, zusammen mit einer opferorientierten Justiz implementiert werden, da dies anerkanntermaßen die Zahl der Wiederholungstaten verringert und die Zufriedenheit der Opfer erhöht. Darüber hinaus sollten Alternativen zu Gefängnisstrafe auf korrekte Weise evaluiert werden, um einem ‚net-widening' Effekt entgegen zu wirken – also davor zu wachen dass mehr Aktionen und Personen als zuvor bestraft werden. Alternative Massnahmen sollten geschlechtsspezifisch sein und sicherstellen, dass eine Gefängnisstrafe als letztes Mittel eingesetzt wird, und nicht lediglich zur Bestrafung von Drogenkonsum- oder Besitz.

Evaluierung alternativer Drogenpolitik
Es ist wichtig dass die nächste EU-Ratspräsidentschaft Plattformen und Foren errichtet, in denen die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und die entsprechenden Entscheidungsträger über alternative Politik und ihre Auswirkungen diskutieren können.

Die externen Evaluation des vorherigen Drogenaktionsplans stellt fest:" Das Unterlassen einer Diskussion über die jüngsten Entwicklungen in der Cannabispolitik wurde von einer Vielzahl von Interessenvertretern bemängelt und gilt als eine der am häufigsten genannten Punkte auf die Frage welche Themenbereiche nicht von der Strategie abgedeckt werden". Das CSFD empfiehlt der Kommission, eine umfassende Analyse der Entwicklungen in Bezug auf die verschiedenen Modelle der Cannabispolitik (z. B. Cannabis-Social-Clubs in Spanien) und ihrer Auswirkungen, wie ursprünglich gefordert, vorzulegen.

3 DER EU-AKTIONSPLAN ALS POLITISCES INSTRUMENT: EMPFEHLUNGEN FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT AUF DEM NATIONALEN NIVEAU

1. Vergleich des EU-Drogenaktionsplan mit der nationalen Drogenpolitik

Der Aktionsplan ist ein umfassendes Dokument, das konkrete Maßnahmen und Indikatoren enthält. Das Vergleichen des Aktionsplan mit der jeweiligen nationalen Drogenstrategie oder Aktionsplan, kann helfen potenzielle Lücken und Mängel aufzudecken und die weitere politische Arbeit unterstützen. Es kann auch zu einem besseren Verständnis führen: wie funktionieren politische Prozesse, wie können Entscheidung beeinflusst werden und welche Argumenten führen zu einer Veränderung?

Die Analyse und Bewertung auf nationaler Ebene setzt voraus, dass man gut informiert ist über die Drogenpolitik im eigenen Land und gute Kontakte zu anderen Organisationen und Experten hat. Man muss wissen welche Dienste und Hilfsangebote existieren, auf welche Art sie angeboten werden und wie zugänglich sie sind. Es ist daher essentiell, diese Bestandsaufnahme und Bewertung in Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen vorzunehmen.

2. Politische Arbeit

Nach der Analyse der nationalen Situation, gilt es Prioritäten zu stellen und spezifische Themen und Aktionsbereiche zu definieren. Obwohl es möglicherweise viele Lücken und Probleme im Hilfssystem und der praktischen Arbeit gibt, ist es ratsam, die politischen Forderungen einzugrenzen und einen Forderungskatalog nicht unnötig zu überladen. Das Erstellen eine politischen Aktionsplans kann helfen realistische Zielsetzungen zu entwickeln und Verbündete zu finden..

Es ist wichtig verschiedene Argumente zu formulieren, die auch politische Entscheidungsträger überzeugen können. Alle EU-Mitgliedstaaten haben sich dem EU-Aktionsplan verpflichtet und das ist schon mal das erste schlagkräftige Argument, das genannt werden kann. Es reicht jedoch nicht aus, auf die „moralische“ Verantwortung der politischen Entscheidungsträger zu weisen. Es ist mindestens genauso wichtig realistische Lösungsvorschläge zu entwickeln, die sich auch an den kurzfristigen Bedürfnissen von Politikern orientieren: wiedergewählt werden und politische Unterstützung von anderen erhalten.

3. Fakten sammeln

Bei der Interaktion mit politischen Entscheidungsträgern sind Fakten, Zahlen und Informationen von großem Belang. Für Politiker sind aber nicht alle Fakten gleich relevant. Manche Interventionen sind zwar evidenz-basiert, aber führen zu emotionalem Widerstand,, sind ideologisch beladen und können zu endlosen Diskussionen und letztendlich zu einer politische Pattstellung führen. Es ist daher wichtig, eine breite Palette an Argumenten und Fakten zu haben. Hierzu zählen beispielsweise Kostenwirksamkeitsstudien und Nachweise über die Auswirkungen einer Intervention auf die Gesundheitssituation oder die Kriminalität in einem bestimmten Stadtteil. Weitere Argumente sind Good-Practice-Beispiele, relevante Artikel oder Forschungsergebnisse, sowie Zahlen und Evaluationsergebnisse von anderen nationalen Organisationen, die im Drogenbereich tätig sind. Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) ist eine sehr nützliche, anerkannte und objektive Quelle und kann zusätzliche relevante Zahlen und Fakten liefern.

Wenn Informationen relevant und objektiv sind und sich außerdem an der Praxis orientieren, erhöht das die Legitimität und Glaubwürdigkeit der jeweiligen politischen Forderungen.

4. Netzwerkentwicklung von CSOs und Verbündeten

Eine erfolgreiche Beteiligung an der politischen Entscheidungsprozessen ist häufig das Ergebnis einer effizienten Zusammenarbeit von Gruppen für ein gemeinsames Ziel. Die Entwicklung Sektor-übergreifender Kooperation ist von grundlegender Bedeutung. Netzwerke können zivilgesellschaftlichen Organisationen helfen, Konflikte zu vermeiden, Koalitionen schaffen, Fakten zu sammeln und Ressourcen zu mobilisieren. Formelle und informelle Netzwerke können zu einem stärkeren politischen Einfluss führen und politische Aktionen effektiver und effizienter umsetzen. Die Einbeziehung eventueller CSFD-Mitglieder aus dem eigenen Land kann die jeweiligen politischen Aktionen verstärken.

CIVIL SOCIETY FORUM ON DRUGS IN THE EU

5.
Entwicklung eines zivilgesellschaftlichen Aktionsdokument

Ein solches Dokument beschreibt auf praktische Art und Weise was man erreichen will und auf welche Art und Weise diese politischen Ziele erreicht werden können. Ein Aktionsplan hilft die politischen Ziele zu präzisieren, es legt Rollen und Verantwortlichkeiten der verschiedenen Partner fest und beschreibt die jeweilige Strategie. Die Entwicklung eines Aktionsplans kann außerdem dazu beitragen komplexe politische Entscheidungsprozess besser zu verstehen.

6.
Dialog mit nationalen politischen Entscheidungsträgern

Das identifizieren relevanter Entscheidungsträger ist Teil der Strategieentwicklung. Welche Personen relevant sind hängt ab von der Entscheidungsbefugnis, aber auch von möglichen Beziehungen und Einflussnahmen anderer. Der nächste Schritt besteht darin, einen Dialog zu starten, in dem die relevanten Themen erörtert werden können. Möglicherweise haben andere Organisationen bereits Kontakte zu Politikern oder Beamten. Diese sollten genutzt werden. Gute Vorbereitung ist essentiell. Außerdem hilft eine offene freundliche und unvoreingenommene Kommunikation.

Quellen & weitere Informationen:

Court et all (2006) Civil society, research-based knowledge, and policy. In Knowledge Management for Development Journal 2(3): 86-96

Court, J. et al. (2206) Policy Engagement: How can civil society be more effective? London, Overseas Development Institute.

Hovland, I. (2005) Successful communication. A toolkit for Researches and Civil Society Organizations. London, Overseas Development Institute.

Tweedie, L. (2005) START:
Simple Toolkit for Advocacy Research Techniques. London, VSO.

CIVIL SOCIETY FORUM ON DRUGS IN THE EU